



FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpresse@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de

www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen

www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

14.10.2016

Pressemitteilung Nr. 17/886

Tonne: Komplex Safia muss im Ausschuss pausieren – wir wollen keinen Nebenprozess

Der Untersuchungskomplex zu Safia S. im 23. Untersuchungsausschuss des Landtages muss nach Überzeugung des SPD-Obmannes Grant Hendrik Tonne hinten angestellt werden: „Es ist jetzt von niemandem mehr zu leugnen, dass es keine Aktenvorlage zu diesem laufenden Verfahren geben wird. Die Opposition ist jetzt bereits mehrfach mit ihrem Versuch gescheitert, an die Verfahrensakten zu kommen.“

„Wir missbilligen öffentliche Aussagen, wonach die Entscheidungen der Gerichte angezweifelt werden. Der Versuch der Opposition, hierdurch Einfluss auf das Verhalten des OLG Celle nehmen zu wollen, ist auf das Schärfste zu verurteilen“, erklärt Tonne.

Offenbar hat die Opposition in Niedersachsen den Brandbrief vergessen, in dem Richterbund und Landgerichtspräsidenten bereits im Februar 2014 dringend darum ersucht haben, nicht weiter die Grenzen der politischen Einflussnahme auf die Justiz zu überschreiten. „Deutlicher als der zuständige Richter für den Safia-

Prozess am OLG kann man es nicht formulieren. Es kann nicht sein, dass der Untersuchungsausschuss ein Parallelverfahren wird“, sagt Tonne.

Der SPD-Obmann macht deutlich: „Auch die Opposition muss endlich begreifen, dass ein Untersuchungsausschuss kein zweites Ermittlungsverfahren oder ein zweiter Strafprozess ist. Das Parlament hat wichtige Rechte, die Führung von Strafprozessen obliegt allerdings den Gerichten. Es muss endlich Schluss sein mit dem Theater, dass hier seit Monaten aufgeführt wird.“

Tonne weiter: „Die durch den Untersuchungsausschuss verursachten Belastungen bei der Polizei, beim LKA und beim Verfassungsschutz sind erheblich, die Erkenntnislage hingegen aufgrund der hochsensiblen Daten sehr gering. Die innere Sicherheit in Niedersachsen ist zu wichtig als sie für durchschaubare politische Skandalisierung zu benutzen.“

Zur Klärung offener Fragen bei den Beschränkungen bei Aussagegenehmigungen von Landesbeamten sei es, so Tonne, höchste Zeit, dass die Staatssekretärin Dr. Emily Haber beim Untersuchungsausschuss erscheine.

„Wir werden einen entsprechenden Antrag vorbereiten. Die Staatssekretärin von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) muss sich persönlich erklären und nicht nur hinter Schriftstücken verstecken, warum keiner Ihrer Beamten in Hannover aussagen darf, warum sie keine Akten überstellen will, um die Sicherheit des Staates nicht zu gefährden. Gleichzeitig vermag sie aber ihren Parteifreunden im PUA nicht klarzumachen, dass diese Sicherheitsbedenken auch für Akten und Aussagen niedersächsischer Ermittler gelten müssen. Das jüngste Schreiben von Frau Haber ist an Fahrlässigkeit kaum noch zu überbieten“, betont der SPD-Obmann im Untersuchungsausschuss.